



IG BAU engagiert sich für Menschen mit Lese- und Schreibschwäche



Carsten Burckhardt, Mitglied des Bundesvorstandes IG BAU (Foto: IG BAU Alexander Paul Englert)

Frankfurt am Main, 08.09.2016

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) macht sich dafür stark, dass funktionaler Analphabetismus in den Betrieben stärker thematisiert wird. „Wer in Deutschland nicht richtig lesen und schreiben kann, gerät gesellschaftlich schnell auf das Abstellgleis. Funktionaler Analphabetismus ist kein Randthema hierzulande.“

Die Betroffenen finden – wenn überhaupt – nur schlecht bezahlte Jobs und leiden unter der Angst vor Häme, Spott und Ausgrenzung“, sagte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Carsten

Burckhardt anlässlich des heutigen Welttags der Alphabetisierung. „Die IG BAU will das Tabu brechen und vor allem Betriebsräte für das Thema sensibilisieren.“

In Deutschland kann jeder Siebte laut Angaben der UNESCO nicht richtig lesen und schreiben. Diese Grundkenntnisse sind jedoch Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Auf ihnen bauen Berufsausbildung und Weiterbildungen auf. Die IG BAU qualifiziert deshalb in Zusammenarbeit mit dem DGB-Projekt MENTO in ihrem Bildungswerk Steinbach Betriebsräte im Umgang mit funktionalen Analphabeten. Damit sind die Betriebsräte in der Lage, auf Betroffene besser zuzugehen.

„Bei der hohen Zahl von berufstätigen funktionalen Analphabeten wird es in nahezu jedem Betrieb Betroffene geben. Arbeits- und Sicherheitshinweise zu lesen, ist für sie eine Herausforderung. Viele leben in der ständigen Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Wir wollen diesen Menschen helfen“, sagte Burckhardt.

Lokalkompass 08.09.2016

IG BAU: Mehr Kontrollen bei Gebäudereinigern

Gewerkschaft spricht von „schmutziger Seite“ der Branche und wünscht mehr Zoll-Einsätze

Der Zoll soll die „schmutzige Seite der sonst so sauberen Reinigungsbranche“ stärker in den Fokus nehmen, fordert die Gewerkschaft IG BAU. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Zolls solle daher die Reinigungsbranche in Duisburg intensiver kontrollieren.

Im vergangenen Jahr habe das Hauptzollamt Duisburg lediglich 38 Kontrollen in der Gebäudereinigung gemacht – und das im gesamten Zollbezirk. „Viel zu wenig“, meint IG BAU-Bezirkschef Friedhelm Bierkant. Wo wenig kontrolliert werde, sei die Gefahr illegaler Machenschaften groß: „Die schwarzen Schafe unter den Chefs der Reini-

gungsbranche registrieren sofort, wenn es wenig Kontrollen gibt. Für sie zählt nur das Risiko, entdeckt zu werden“, so Bierkant.

Deshalb sei der Job, den die Zoll-Kontrolleure machten, auch enorm wichtig: Die FKS suche gezielt nach Schwarzarbeit und Lohn-Dumping. Ebenso nach Sozialmissbrauch. „Dazu zählen nicht gezahlte Abgaben für die Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung“, erklärt der IG BAU-Bezirksvorsitzende. Bei ihren Kontrollen in der Gebäudereinigung hat die FKS im gesamten Bezirk des Hauptzollamts Duisburg im vergangenen Jahr gerade einmal acht Bußgeldverfah-



Einsatzkräfte des Zolls bei der Kontrolle von Gebäudereinigern. FOTO: IG BAU

ren eingeleitet. Zum Vergleich: Insgesamt waren es 635 Bußgeldverfahren in allen untersuchten Branchen.

Für die IG BAU steht fest: „Bei den Zoll-Kontrollen in der Gebäudereinigung ist noch reichlich Luft nach oben. In der Gebäudereinigung muss den Arbeitgebern viel intensiver auf die Finger geguckt werden“, so Bierkant. Der IG BAU-Chef macht dabei jedoch deutlich, dass die mangelnde Kontrolle in der Regel nicht auf ein fehlendes Engagement der Finanzkontrolle Schwarzarbeit zurückzuführen sei. „Es ist in erster Linie ein Personalproblem. Dem Zoll fehlen die Leute“, so der Gewerkschafter.

WAZ DU 09.09.2016



Hauptzollamt Duisburg: 2015 bloß 38 Kontrollen in der Gebäudereinigung



Vertrauen ist gut – Zoll-Kontrolle ist besser: „Nur, wenn die schwarzen Schafe unter den Arbeitgebern befürchten müssen, von der Finanzkontrolle Schwarzarbeit kontrolliert und entdeckt zu werden, lassen sie die Finger von miesen Tricks“, sagt die Gebäudereiniger- Gewerkschaft IG BAU. (Foto: IG BAU)

Nur acht Mal Bußgeld für Reinigungs-Chefs: Zoll soll in Duisburg und am Niederrhein stärker kontrollieren

Der Zoll soll die schmutzige Seite der sonst so sauberen Reinigungsbranche stärker in den Fokus nehmen: In der Gebäudereinigung in Duisburg und am Niederrhein läuft nicht alles sauber ab. Davon ist die IG BAU Duisburg-Niederrhein überzeugt. Sie fordert deshalb von der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Zolls, die Reinigungsbranche in Duisburg und am Niederrhein intensiver zu kontrollieren. Im vergangenen Jahr habe das Hauptzollamt Duisburg lediglich 38 Kontrollen in der Gebäudereinigung gemacht – und das im

gesamten Zollbezirk. „Viel zu wenig“, sagt IG BAU-Bezirkschef Friedhelm Bierkant.

Wo wenig kontrolliert werde, sei die Gefahr illegaler Machenschaften groß: „Die schwarzen Schafe unter den Chefs der Reinigungsbranche registrieren sofort, wenn es wenig Kontrollen gibt. Für sie zählt nur das Risiko, entdeckt zu werden“, so Bierkant. Deshalb sei der Job, den die Zoll-Kontrollen machten, auch enorm wichtig: Die FKS suche gezielt nach Schwarzarbeit und Lohn-Dumping. Ebenso nach Sozialmissbrauch. „Dazu zählen nicht gezahlte Abgaben für die Kranken-, Renten- Arbeitslosen- und Pflegeversicherung“, erklärt der IG BAU-Bezirksvorsitzende.

Bei ihren Kontrollen in der Gebäudereinigung hat die FKS im gesamten Bezirk des Hauptzollamts Duisburg im vergangenen Jahr gerade einmal acht Bußgeldverfahren eingeleitet. Zum Vergleich: Insgesamt waren es 635 Bußgeldverfahren in allen untersuchten Branchen. Die heiklen Zahlen stammen, so die Gebäudereiniger- Gewerkschaft IG BAU, vom obersten Dienstherrn des Zolls – von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Dieser hatte die Kontroll-Bilanzzahlen der Abgeordneten Beate Müller-Gemmeke auf Anfrage mitgeteilt. Müller-Gemmeke ist Sprecherin für Arbeitnehmerrechte der Grünen-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Für die IG BAU steht fest: „Bei den Zoll-Kontrollen in der Gebäudereinigung ist noch reichlich Luft nach oben. In der Gebäudereinigung muss den Arbeitgebern viel intensiver auf die Finger geguckt werden“, so Friedhelm Bierkant. Der IG BAU-Bezirksvorsitzende macht dabei jedoch deutlich, dass die mangelnde Kontrolle in der Regel nicht auf ein fehlendes Engagement der Finanzkontrolle Schwarzarbeit zurückzuführen sei. „Es ist in erster Linie ein Personalproblem. Dem Zoll fehlen die Leute“, so der Gewerkschafter. Über die bereits vorhandenen und bereits geplanten FKS-Stellen hinaus müssten neue geschaffen und besetzt werden. Hier sei die Bundesregierung gefragt.

Wer den Zoll damit konfrontiere, zu wenig zu kontrollieren, bekomme oft den Hinweis auf eine „besondere Taktik“: Die FKS konzentriere sich darauf, ihre Kontrollen „risikoorientiert“ durchzuführen. „Das kann den Staat, dem Steuern und Sozialabgaben vorenthalten werden, nicht zufriedenstellen. Und schon gar nicht die anständigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Statt risikoorientierter Kontrollen sind flächendeckende Prüfungen notwendig. Das Ziel muss sein: Mehr Risiko für miese Chefs“, fordert IG BAU-Bezirkschef Bierkant.



Im Fokus der Kontrollen muss dabei, so die IG BAU weiter, immer wieder der Branchen-Mindestlohn, der in der Gebäudereinigung gilt, stehen: Wer Büros, Wohnungen oder Krankenzimmer putze, müsse dabei mindestens 9,80 Euro pro Stunde verdienen. Bei Glas- und Fassadenreinigung liege der Mindest-Stundenlohn bei 12,98 Euro.

Hier kommt es, so die IG BAU Duisburg-Niederrhein, immer wieder vor, dass Arbeitgeber in der „sauberen Reinigungsbranche mit schmutzigen Tricks“ arbeiten: „Sie geben einer Reinigungskraft Flure und Räume vor, die sie in einer bestimmten Zeit zu putzen hat. Dafür gibt es dann den Mindestlohn. Der Haken an der Sache ist nur, dass kein Schnellputzer der Welt die Flächen in der vorgegebenen Zeit schafft. Also macht die Gebäudereinigerin Überstunden – allerdings ohne dafür auch nur einen Cent zu bekommen“, erklärt Friedhelm Bierkant. Das sei „Lohnrückerei und ein Verstoß gegen den Mindestlohn“. Genau solche Fälle nehme der Zoll bei seinen Kontrollen auch ins Visier.

Lokalkompass 08.09.2016

IG BAU fordert konkrete Maßnahmen von der Politik



Dietmar Schäfers, Stellvertretender
Bundesvorsitzender IG BAU (Foto: IG BAU Paul
Schlimweg)

Frankfurt am Main, 08.09.2016

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die Politik auf, ihren Worten Taten folgen zu lassen, um die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen. Anlässlich des heute vorgestellten Klima-Manifests durch die Klima-Allianz, der die IG BAU angehört, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers:

Der Klimawandel bedroht unsere Welt. Er gefährdet auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Europa. Lebensqualität, Gerechtigkeit und Solidarität kommen unter die Räder, wenn es nicht gelingt,

die Temperaturerhöhung zu begrenzen. Damit Klimaschutz greift, müssen Emissionen sinken. Voraussetzung dafür ist ein geringerer Energieverbrauch und der Ausbau erneuerbarer Energien. Wir brauchen dafür konkrete Maßnahmen und nicht Wischi-Waschi. Es ist doppelzünftig, wenn sich Angela Merkel erst als Klimakanzlerin feiern lässt und das Kanzleramt dann die Bundesumweltministerin in ihren Anstrengungen für vernünftige Regelungen zurückpfeift.“

Im Dezember 2015 wurde das Pariser Klimaschutzabkommen verabschiedet. Es sieht vor, dass die Temperaturerhöhung auf 1,5 bis 2 Grad Celsius begrenzt wird. Deutschland hatte sich bereits verpflichtet, den Kohlendioxid-Ausstoß um vierzig Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu verringern. Der weitergehende Klimaschutzplan 2050 ist noch nicht im Kabinett verabschiedet. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks musste ihre Vorschläge diese Woche auf Druck des Kanzleramts aufweichen.

Die Umweltgewerkschaft IG BAU setzt sich für eine zügige Energiewende ein. Dafür muss die Politik jetzt Rahmenbedingungen setzen. „Je eher zielführende Klimaschutzmaßnahmen ergriffen werden, desto geringer werden die wirtschaftlichen und sozialen Kosten des Klimawandels ausfallen. „Innovationen, Qualifizierungen und Investitionen bieten Chancen für den Wirtschaftsstandort Deutschland und sichern eine lebenswerte Zukunft“, sagte Schäfers.

Lokalkompass 08.09.2016